

KOMMENTAR

Nachfolge EZB-Präsident

Die Grande Dame kann es schaffen

VON
ARMIN ZIMNY

Zu den Überraschungen im EU-Personalpokal zählt die Nominierung von Christine Lagarde als Nachfolgerin für den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi. Eine Kandidatin ohne ökonomischen Abschluss, ohne Erfahrung in einer Notenbank ist für puristische Vertreter der Geldpolitik schwer ertragbar. Doch Jens Weidmann, ein chancenreicher Kandidat, der diese Kriterien erfüllt hätte, kam schon wegen des Länderproporz nicht zum Zug.

Lagarde als Nicht-Ökonomin zu bezeichnen, weil sie Juristin ist, trifft die Sache auch nicht. Als französische Wirtschafts- und Finanzministerin sowie als langjährige Chefin des Internationalen Währungsfonds hat sie das Rüstzeug in der täglichen Praxis gelernt – vermutlich mehr als in einem Ökonomiestudium. Schließlich hatte sie es mit Ländern von sehr reich bis sehr arm zu tun. Die internationale Finanzkrise und auch die Eurokrise haben sie als Krisenmanagerin gestählt. Mit diplomatischem Geschick und einer Mischung aus Charme, Verbindlichkeit und Standfestigkeit – auch gegen Polterer wie US-Präsident Donald Trump – hat sie sich Respekt und Anerkennung erarbeitet.

Die Aufgaben als EZB-Präsidentin werden jedoch ungleich schwerer. Draghi hat ihr mit seiner extremen Niedrigzinspolitik mittelfristig sehr wenig Handlungsspielraum gelassen. Zudem ist die Verschuldungsproblematik in der Eurozone eine gewaltige Herausforderung – schon wegen des Erpressungspotenzials mancher Länder. Schließlich wird Lagarde irgendwann eine Kurskorrektur einleiten müssen. Mit ihrem Geschick kann die Grande Dame der Finanzwelt dies schaffen. Sie wird auch die unabhängige Stellung der EZB gegen stärkeren Einfluss der Politik verteidigen.

armin.zimny@gea.de

Bäckerhaus Veit ausgezeichnet

STUTTGART. Die Bäckerhaus Veit GmbH in Bempflingen ist in Stuttgart mit dem »Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg 2019« in der Größenkategorie 150 bis 500 Mitarbeiter ausgezeichnet worden. Sie belegte in ihrer Kategorie den ersten Platz. 301 Bewerbungen für den undotierten Preis waren für drei Größenkategorien eingegangen, teilte das Wirtschaftsministerium des Landes mit. Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg sowie das Ministerium würdigen mit dem Preis das freiwillige soziale und gesellschaftliche Engagement von Unternehmen. Veit engagiert sich seit vielen Jahren für den Erhalt biologischer Vielfalt und hat mitgeholfen, den Dickkopfwelzen vor dem Aussterben zu retten. Um alte Weizensorten zu reaktivieren, kooperiert das Bäckerhaus mit dem Freilichtmuseum Beuren. Zudem unterstützt Veit Asylcafés, Flüchtlingsheime und Tafeln in der Region durch die Belieferung mit Backwaren. (GEA)

Milliardenkosten für Deutsche Bank

FRANKFURT. Der erwartete Kahlschlag im Investmentbanking dürfte die Deutsche Bank drei bis fünf Milliarden Euro kosten. In der Folge werde der Dax-Konzern im Jahr 2019 wieder rote Zahlen schreiben, berichtete die »Financial Times« und berief sich dabei auf mit der Sache vertraute Personen. Dem Bericht zufolge will Bankchef Christian Sewing die jährlichen Kosten mithilfe der Kürzungen bis 2022 um vier Milliarden Euro senken. Eine Kapitalerhöhung sei vom Tisch: So wolle die Bank die milliarden schweren Sanierungskosten schultern, ohne sich frisches Geld von Anlegern zu besorgen. Deutschlands größtes Geldhaus war erst 2018 nach drei Verlustjahren in die Gewinnzone zurückgekehrt. (dpa)

Fall Carlos Ghosn: Durchsuchungen bei Renault

BOULOGNE-BILLAN COURT. Ermittler haben den Hauptsitz des französischen Autobauers Renault durchsucht. In Boulogne-Billancourt bei Paris, wo Renault seinen Sitz hat, laufe eine polizeiliche Durchsuchung, teilte eine Unternehmens-Sprecherin mit. Medienberichten zufolge hängt der Einsatz der

Ermittler mit dem Ex-Renault-Chef Carlos Ghosn zusammen. Das Nachrichtenmagazin L'Express berichtete, dass der Grund der Ermittlungen die Finanzierung der Hochzeit des ehemaligen Top-Managers im Schloss Versailles sei. Renault hatte Anfang des Jahres angekündigt, die Justiz wegen mut-

maßlicher persönlicher Vorteilsnahme Ghosns einzuschalten. Konkret ging es um die Hochzeitsparty des Automanagers im Oktober 2016 in dem historischen Barockschloss. Ghosn wird vorgeworfen, persönlich von einem Sponsoring-Vertrag zwischen Renault und Schloss profitiert zu haben. (dpa)

Trump nominiert Kandidaten für Fed

WASHINGTON. US-Präsident Donald Trump will zwei Wirtschaftsfachleute für die freien Plätze im Direktorium der US-Notenbank Fed nominieren. Dabei handelt es sich um die Ökonomen Judy Shelton und Christopher Waller. Die Kandidaten müssen durch den US-Senat bestätigt werden. Beob-

achter halten es für wahrscheinlich, dass beide Kandidaten Trumps Forderung nach einer Lockerung der Zinspolitik unterstützen werden. Trump hatte die Fed zuletzt immer wieder heftig kritisiert. Er hatte der Notenbank vorgeworfen, »keine Ahnung« zu haben. Der Leitzins der Fed sei »viel zu hoch«. (dpa)

Geldpolitik – Draghi hat als EZB-Präsident Maßstäbe gesetzt. Was kann die potenzielle neue Chefin Lagarde machen?

Begrenzter Spielraum

VON JÖRN BENDER
UND FRIEDERIKE MARX

FRANKFURT. Christine Lagarde ist voll des Lobes: »Für mich sind Sie, die Zentralbanker, die Helden der Krise.« Gut vier Jahre nach diesen Worten hat sich die derzeitige Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Rennen um die Nachfolge von Mario Draghi an der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) durchgesetzt.

Nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs soll damit erstmals in der 20-jährigen Geschichte der EZB eine Frau und Nicht-Ökonomin an die Spitze der mächtigen Notenbank rücken. Anders als die drei bisherigen EZB-Präsidenten war die Juristin und frühere französische Wirtschafts- und Finanzministerin auch nie Chefin einer nationalen Notenbank. »Ich habe genug gesunden Menschenverstand, ich habe ein bisschen Wirtschaft studiert, aber ich bin keine supertolle Ökonomin«, sagte Lagarde vor einigen Jahren dem »Guardian«.

Der Spielraum für die 63-Jährige an der Spitze der EZB wäre nach acht Jahren Anti-Krisen-Kurs ohnehin begrenzt. Europas Währungshüter haben die großen Linien längst festgezurr – zumindest auf absehbare Zeit. Womöglich legt die Notenbank wegen der schwächelnden Konjunktur sogar noch einmal nach.

»Wir sind weit entfernt von einer Normalisierung der Geldpolitik, weil die Welt weit entfernt von einer Normalisierung ist«, sagte Draghi Anfang Juni und wurde damit für einen Notenbanker ungewohnt deutlich. Internationale Handelskonflikte, Brexit, Italien – die Unsicherheiten sind groß. Nicht einmal zwei Wochen nach seinen deutlichen Worten bewegte der Italiener mit der Aussicht auf mögliche »zusätzliche Stimuli« wie erneute Anleihenkäufe die Märkte. Auch über eine Verschärfung des Strafzinses für Banken wird in Frankfurt nachgedacht.

Ein enges Korsett für die EZB-Präsidentin, die im November ihr Amt antreten würde. »Für welche Art der Geldpolitik Lagarde wirklich steht, kann derzeit niemand sagen«, sagt Carsten Brzeski, Chefvolkswirt Deutschland der ING. Er hält



Christine Lagarde, Direktorin des Internationalen Währungsfonds, und Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, unterhalten sich bei einem Treffen der Finanzminister der Eurogruppe. Lagarde wird wohl Draghi an die Spitze der EZB folgen. FOTO: DPA

eine Fortsetzung des geldpolitischen Kurses für wahrscheinlich.

Maßstäbe hatte Draghi mit seinem Machtwort aus dem Sommer 2012 gesetzt: »Whatever it takes.« Die EZB werde »alles tun, um den Euro zu retten«, versprach der Italiener, als die Eurozone am Abgrund stand. Während Politiker diskutierten, stabilisierte Draghi mit wenigen Worten den Währungsraum in der tiefsten Krise seiner jungen Geschichte.

Respekt für Draghi

Selbst Kritiker zollen Draghi Respekt für sein entschlossenes Handeln – auch wenn bis heute gestritten wird, ob die nicht demokratisch gewählte EZB unter Draghis Führung nicht doch ihre Kompetenzen überschritten hat. So verhandelt das Bundesverfassungsgericht Ende Juli über das milliarden schwere Anleihen-

kaufprogramm der EZB – im Fachjargon »Quantitative Easing« (QE) genannt. Die gewaltige Summe von 2,6 Billionen Euro steckte die Notenbank bis Ende 2018 in Wertpapiere von Eurostaaten und Unternehmen – und will diese Gelder bis auf Weiteres in neue Anleihen investieren.

Ohne Zweifel, die Notenbank hat ihren Werkzeugkasten in der Ära Draghi erheblich erweitert und wird die Instrumente so rasch nicht wieder aus der Hand geben. »Zwar haben die EZB-Entscheider insbesondere bei den unkonventionellen Maßnahmen zum Teil hart und ausgiebig diskutiert. Schlussendlich fielen in der Rückschau betrachtet fast alle Entscheidungen einstimmig«, konstatiert BayernLB-Analyst Stefan Kipar. Auch angesichts der globalen Rahmenbedingungen sei zu erwarten, »dass die Nachbesetzung Draghis nicht zu einer spürbaren Änderung der Geldpolitik führen wird«.

Lagarde könnte als EZB-Präsidentin die geldpolitische Linie ohnehin nicht allein bestimmen. Die obersten Währungshüter haben im Entscheidungsgremium – dem EZB-Rat – ein einfaches Stimmrecht. Nur im Falle eines Patts gibt die Stimme des Präsidenten den entscheidenden Ausschlag.

Seit März 2016 ist der Leitzins im Euroraum auf dem Rekordtief von null Prozent eingefroren – zum Leidwesen von Millionen Sparern. Seit Mitte Juni 2014 müssen Geschäftsbanken Zinsen zahlen, wenn sie Geld bei der EZB parken, aktuell 0,4 Prozent – eine Milliardenbelastung für die Institute.

Irgendwann wird Draghis mögliche Nachfolgerin einen Ausstieg aus dem Dauerkrisenmodus finden und die Finanzmärkte geschickt darauf vorbereiten müssen – fragt sich nur, wann die EZB dazu bereit ist. (dpa)

Nachruf – Der visionäre Manager gilt als einer der Väter des legendären Ford Mustang und Retter von Chrysler

Automobil-Ikone Lee Iacocca ist tot

WASHINGTON. Die Automobil-Ikone Lee Iacocca ist im Alter von 94 Jahren gestorben. Fiat Chrysler (FCA) würdigte die Rolle, die Iacocca als Chef des Chrysler-Konzerns spielte. Iacocca wird zugeschrieben, Chrysler im Jahr 1980 vor der Pleite bewahrt zu haben. »Er war einer der großen Führer unseres Unternehmens und der gesamten Autoindustrie«, hieß es in einer Mitteilung. Iacocca habe eine »historische Rolle« dabei gespielt, Chrysler durch die Krise zu führen.

In den 1970er-Jahren war der visionäre Manager Chef des US-Automobilkonzerns Ford. Iacocca gilt als einer der Väter des legendären Ford Mustang, der bis heute produziert wird. Die »Washington Post« berichtete unter Berufung auf die Tochter Lia Iacocca Assad, Lee Iacocca sei an den Folgen von Parkinson gestorben.

Iacocca hatte eine steile Karriere in der Automobilindustrie hingelegt, im Alter von nur 36 Jahren war er bereits zum Vizepräsidenten von Ford aufgestiegen. Nachdem er 1978 von einem der Nachfahren des Firmengründers entlassen worden war, wurde er bald darauf Chef von Chrysler. Der damals drittgrößte amerikanische Autobauer stand zu dem Zeitpunkt kurz vor der Pleite. Schon nach wenigen Jahren wurde der Konzern unter Iacocca wieder hochprofitabel. 1992 ging Iacocca in den Ruhestand.



Lee Iacocca zu seiner Zeit bei Chrysler in einem Dodge Viper Sportwagen. FOTO: DPA

Chrysler fusionierte 1998 mit Daimler-Benz. Ex-Chrysler-Chef Iacocca zeigte sich damals verärgert, dass ihn der damalige DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp nicht wieder reaktivierte. Schrempp habe ihn monatelang eingekerkert, beklagte sich Iacocca in einem Interview der Tageszeitung »Detroit News«. Iacocca wollte als Berater oder Sprecher zu dem Autobauer zurückkehren. »Um ehrlich zu sein, ich hätte meinen rechten Arm dafür gegeben«, sagte er.

2007 verkaufte Daimler die Mehrheitsbeteiligung an der Chrysler-Gruppe. Vor knapp fünf Jahren fusionierte Chrysler dann mit dem italienischen Autobauer Fiat. (dpa)

Agrar – Die Prognosen für die diesjährige Ernte sind sehr vorsichtig. Die Lage der Betriebe bleibt weiter angespannt

Folgen der Dürre noch spürbar

DALLGOW-DÖBERITZ. Zu trocken und zu wenig Regen: Landwirte und ihre Äcker mussten vielerorts seit Jahresbeginn wieder einiges verkraften. »Im Juli und August ist jetzt Regen wichtig«, sagte Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, zum Auftakt der diesjährigen Erntesaison. Dann könne das Korn richtig ausreifen. Auch Mais, Zuckerrüben, Kartoffeln und Futtergetreide benötigten Wasser fürs Wachstum.

In diesem Jahr rechnen die Landwirte bei der Getreideernte noch mit negativen Auswirkungen der letzten Dürre. Gegenüber 2018 werde die Ernte zwar rund neun Millionen Tonnen höher liegen, sagte Rukwied. Insgesamt werden nach der Prognose 47 Millionen Tonnen Getreide erwartet. Das seien aber eine Million Tonnen weniger als zwischen 2013 und 2017 durchschnittlich eingeholt wurden. In vielen Betrieben werde es angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage keine Entspannung geben. »Die Wetersituation ist für uns wieder eine große Herausforderung«, sagte der Verbandspräsident.

»In der Uni hat man uns gesagt, dass Brandenburg mal zur Wüste wird«, sagte Willi Groß, Betriebsleiter des Agrarbetriebes in Dallgow-Döberitz. »Ich habe das nicht geglaubt. Das muss ich nun überdenken«, sagte der Landwirt, der im dritten Jahr in Folge Einbußen wegen des

Wetters zu beklagen hat. Gerade läuft auf seinen Feldern der Drusch der Gerste. Das Getreide steht zwar trocken, aber zufrieden ist er nicht. Statt mit einem Ertrag von vier bis fünf Tonnen je Hektar rechnet er mit zwei bis drei.

Sein Kollege Rukwied sieht beim Anblick der Ähren, dass in den vergangenen Wochen Wasser beim Wachstum fehlte. Viele Landwirte überlegten angesichts der zunehmenden Wetterunbilden, wie sie sich auf die Situation einstellen können: welche Kulturen, welche Anbaupläne oder Fruchtfolgen. Widerstandsfähigere Sorten – ohne Gentechnik gezüchtet – sind das Ziel.

Hilfe zur Selbsthilfe

Rukwied appellierte an den Bund, mehr Möglichkeiten zur Selbsthilfe für Agrarbetriebe zu schaffen. »Wir wollen keine dauerhafte staatliche Hilfe«, stellte er mit Blick auf die jüngsten Hilfen nach dem vergangenen Dürrejahr von Bund und Ländern klar. Gefordert werde dagegen eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage. Betriebe könnten dann in guten Jahren Geld in die Bilanz oder zur Seite legen, ohne es versteuern zu müssen. Auch Versicherungen gegen Dürreschäden mit einer reduzierten Versicherungssteuer würden helfen. (dpa)